

Namen und Nachrichten

Bund zahlt Millionen für Leerflüge

Gut 3,5 Millionen Euro im Jahr gibt der Staat für Flüge zwischen Köln und Berlin aus, bei denen kein einziger Passagier an Bord ist. Das berichtet die Bild am Sonntag unter Berufung auf eine Statistik des Verteidigungsministeriums. Die Ursache: Die Regierungsflieger sind immer noch am Militärflughafen in Köln-Wahn stationiert. Um ein Regierungsmitglied zu transportieren, muss ein Flugzeug erst leer nach Berlin fliegen und nach der Reise leer zurück nach Köln.

Pflegeversicherung: 100-Millionen-Plus

Wegen der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt hat die gesetzliche Pflegeversicherung einen Überschuss von 100 Millionen Euro erzielt. Eine Sprecherin des Gesundheitsministeriums bestätigte einen entsprechenden Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Ursprünglich war wegen mehr Pflegebedürftigen ein kleines Defizit erwartet worden. Die Rücklagen der Pflegeversicherung lagen Ende 2012 bei 5,5 Milliarden Euro oder etwa drei Monatsausgaben. Die Reserven sind damit doppelt so hoch wie vorgeschrieben.

Zeitung: Mehr Geld für Contergan-Geschädigte

Nach einer Hilfszusage des Bundes sollen in Deutschland lebende Contergan-Geschädigte laut Zeitungsbericht erheblich höhere Renten erhalten. Ein Gesetzentwurf des Familienministeriums, aus dem die Rhein-Zeitung zitiert, sieht vor, dass die monatliche Höchstrente für 2700 Berechtigte von derzeit maximal 1152 Euro auf bis 6912 Euro ansteigt. Die Erhöhung gelte rückwirkend zum 1. Januar.

Hungerstreik nach Tod eines Häftlings

Der ungeklärte Tod eines palästinensischen Häftlings in einem israelischen Gefängnis hat dazu geführt, dass etwa 4500 palästinensische Häftlinge in israelischen Gefängnissen am Sonntag aus Protest in einen eintägigen Hungerstreik traten. Der Häftling Arafat Dscharadat war nach offiziellen Angaben am Vortag an einem Herzinfarkt gestorben. Die Palästinensische Autonomiebehörde in Ramallah forderte eine unabhängige Untersuchung. Israel kündigte eine Autopsie unter Beteiligung der palästinensischen Seite an.

Kalenderblatt

25. Februar 1634



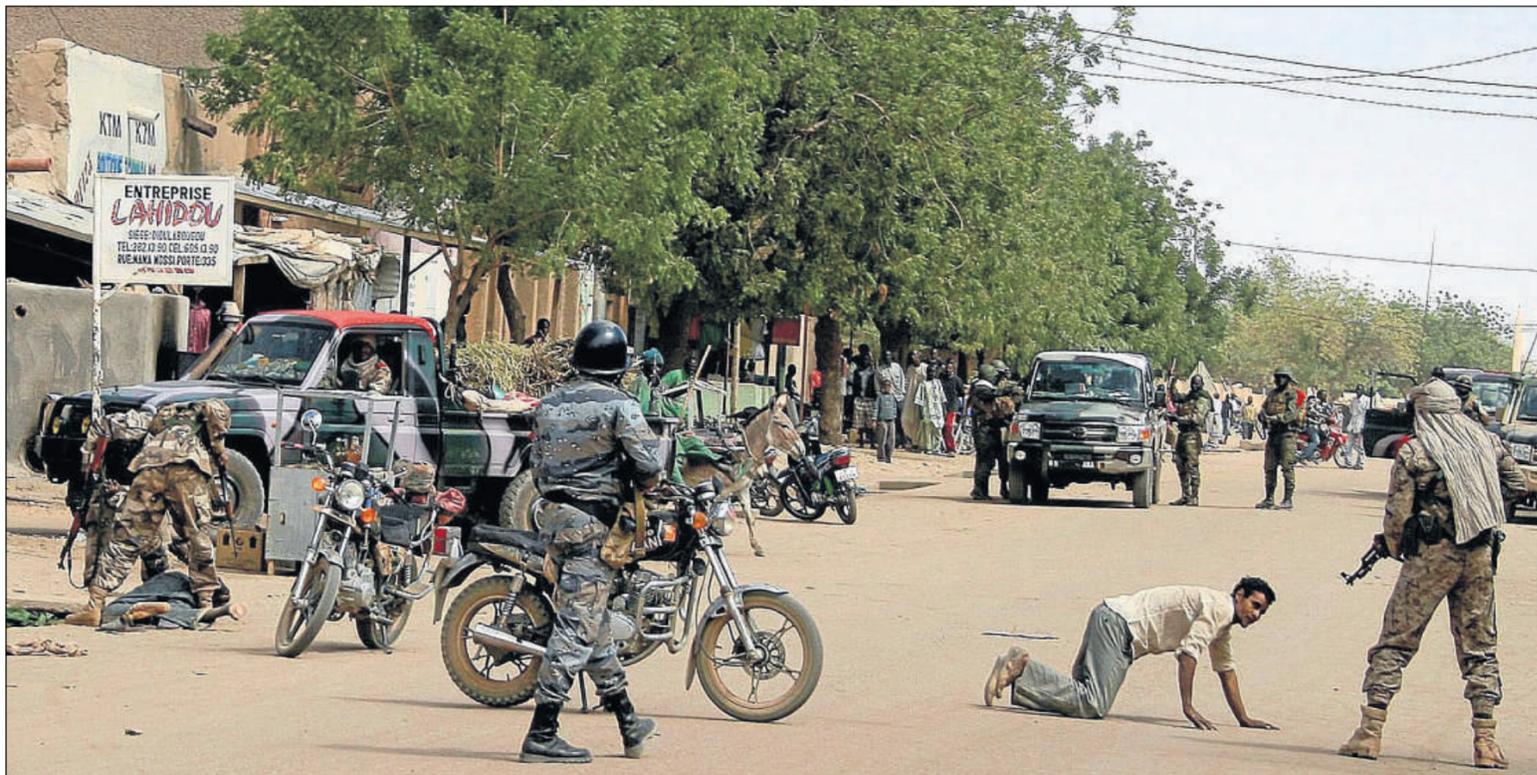
Feldherr Wallenstein wird ermordet

Albrecht von Wallenstein, eine prägende Gestalt des Dreißigjährigen Krieges, wird ermordet. Hinter dem Attentat steckt der Kaiser persönlich. 1604 war Wallenstein in die Dienste der Habsburger getreten. Zunächst Protestant, konvertierte er aus Karrieregründen zum Katholizismus und kämpfte auf Seiten des Kaisers Ferdinand II. Als oberster Befehlshaber der kaiserlichen Heere wurde er zum bedeutendsten Feldherrn des Dreißigjährigen Krieges (1618-1648) im Kampf gegen die Protestanten. Wegen Friedensbemühungen fiel er beim Kaiser in Ungnade, wurde zunächst geächtet und schließlich ermordet.

Krieg in Mali: Der Einsatz der Bundeswehr

Ein Kampf ohne klare Gegner

Fragen und Antworten zum blutigen Konflikt in Mali und zur politischen Instabilität in der Sahel-Zone



Unklar, ob Freund oder Feind: Die malische Armee vermutet, einen Islamisten entdeckt zu haben. Die Situation im nordafrikanischen Staat ist komplex, weil die kämpfenden Seiten auch untereinander uneins sind. Eine Ausbildungsmission der EU soll nun die malische Armee stärken. Foto: dpa

Das Thema

Die Krise in Mali fordert längst nicht mehr nur die französischen Truppen. Auch die Bundeswehr soll sich mit Hunderten Soldaten beteiligen. Aber was ist das für ein Konflikt? Eine Analyse der Krise und der dauerhaften Probleme in der Region.

VON EUGEN MAIER

Wer kämpft in Mali eigentlich gegen wen?

Neben den französischen Truppen gibt es grob gesagt drei Parteien: Regierungstruppen, Tuareg und Islamisten. Wie Julian Junk von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung erklärt, handeln diese Akteure aber nicht einheitlich. Es gibt Splittergruppen, die sich untereinander bekämpfen und unterschiedliche Ziele haben.

Wie verlief der Konflikt bisher?

Zuerst kämpften einige Tuareg-Gruppen gegen die Regierung und eroberten den Norden Malis. Dort fingen islamistische Gruppen an, die

Scharia zu verbreiten. Einige Tuareggruppen unterstützten sie, andere bekämpften sie allerdings. Regierungstruppen kämpfen ebenfalls gegen die Islamisten. Auch innerhalb von Regierungstruppen gab es Konflikte, was sich an Putschversuchen im vergangenen Jahr zeigt. Die französischen Truppen kämpfen seit Mitte Januar an der Seite der Regierung.

Wer sind die Tuareg überhaupt?

Die Tuareg sind Nomaden, die in der südlichen Sahara leben (siehe Grafik). Ihre Zahl wird auf eine bis drei Millionen geschätzt, ihr Glaube ist der Islam. Auch wenn ein Teil mittlerweile sesshaft geworden ist, ziehen viele mit ihren Herden über die Grenzen mehrerer Staaten hinweg.

Warum kämpften Tuareg-Gruppen gegen die Regierung?

Sie wollten die Kontrolle über Nordmali. Einige Gruppen wollen die Unabhängigkeit, andere eine Autonomie innerhalb des Staates.

Warum wollen viele Tuareg mehr Unabhängigkeit?

Sie fühlen sich von der Regierung benachteiligt, bei wichtigen Entscheidungen übergangen und von Bauern

aus dem Süden verdrängt. Zudem gibt es zwischen Tuareg-Gruppen und Bewohnern der südlich der Sahara gelegenen Sahel-Zone einen historischen Konflikt: Die dortige schwarze Bevölkerung hat die Regierungsmacht. Schwarzafrikaner wurden von Tuareg früher als Sklaven gehalten.

Beeinflusste der Krieg in Libyen die Lage in Mali?

Ja. Laut Julian Junk standen viele Tuareg in den Diensten von Libyens Diktator Muammar al-Gaddafi und mussten nach dessen Sturz fliehen – unter anderem nach Mali. Außerdem kamen viele Waffen aus Gaddafis Arsenalen auf den Markt, sodass die Kon-

fliktparteien sich reichlich eindecken konnten.

Wie viele Menschen mussten wegen der Kämpfe in Mali fliehen?

Laut dem UN-Flüchtlingshilfswerk sind 230 000 Menschen innerhalb Malis auf der Flucht. Zusätzlich sind 150 000 in Flüchtlingslagern in Nachbarstaaten. Eine Rückkehr wird erschwert, weil erneut Gewalt droht, Minen verlegt und Häuser zerstört sind und weil Lebensmittel fehlen.

Sind andere Staaten durch die Unruhen gefährdet?

Ja. Kämpfer könnten sich in die Grenzgebiete zurückziehen und dort für Unruhe

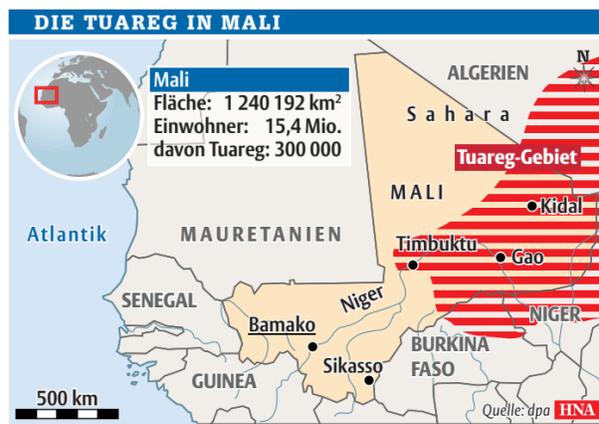
sorgen, sagt Nordafrika-Experte Junk. Außerdem leben Tuareg in anderen Staaten, sodass ähnliche Probleme auch dort entstehen könnten.

Wie kann der Konflikt gelöst werden?

Die Tuareg müssen genug Mitbestimmungsrechte bekommen und so befriedet werden, erklärt Junk. Das sei oft versprochen, aber nie umgesetzt worden. Gleichzeitig müssen bewohnte Gebiete vor den Islamisten gesichert und die Bevölkerung auf die Seite der Regierung gezogen werden. Ein Mittel dazu ist wirtschaftliche Entwicklung.

Warum sind viele afrikanische Staaten so instabil?

Das hat viele Gründe. Einer liegt im 19. Jahrhundert, als Afrika willkürlich in Kolonien aufgeteilt wurde und viele dieser künstlichen Grenzen später als Staatsgrenzen übernommen wurden. Es fanden sich oft Völker in einem Staat wieder, die traditionell getrennt lebten. Die Folgen waren ethnische Konflikte bis hin zum Völkermord. Misswirtschaft, ungünstige Handelsbeziehungen zu westlichen Staaten, Förderung korrupter afrikanischer Regime im Kalten Krieg und andere Faktoren verschlimmerten die Lage zusätzlich.



Drei Fragen an

„Wir stoßen personell mit dem Kopf an die Decke“

Als Vorsitzender des Bundeswehrverbandes vertritt Ulrich Kirsch die Interessen deutscher Soldaten. Der Beitrag zur Ausbildungsmission der Europäischen Union ist laut Kirsch für die Bundeswehr zu schultern. Viel mehr könne die Armee aber nicht stemmen.

Herr Kirsch, zusätzlich zu der Transall-Mission bindet die Ausbildungsmission 80 bis 180 Kräfte der vom Umbau geschwächten Bundeswehr. Ist der Einsatz zumutbar?

ULRICH KIRSCH: Bei der Mission handelt es sich um 40 Aus-

bilder und 40 Sanitäter. Das wird machbar sein. Trotzdem stoßen wir, was die Einsätze angeht, personell mit dem Kopf an die Decke. Das wird daran deutlich, dass wir den Grundsatz „Vier Monate Einsatz, 20 Monate Dienst in Deutschland“ nicht mehr einhalten können. In der Regel dauert ein Einsatz sechs Monate. Das macht deutlich, dass Grenzen erreicht sind.

Menschenrechtler kritisieren die malische Armee: Sie sei sich zerstritten, ungehorsam gegenüber der Regierung und missachte Grundrechte. Haben

Sie Bedenken, solch eine Armee zu unterstützen?

KIRSCH: Die Streitkräfte Malis sind vom Menschenbild her anders geprägt als westliche Armeen. Deswegen wird besonders darauf zu achten sein, dass die Grundsätze der Menschenrechte und das Völkerrecht Teil der Ausbildung sind. Klar ist aber auch, dass kein westlicher Staat, der eine afrikanische Armee ausbildet, die Verantwortung für deren späteres Auftreten übernehmen kann.

Sind die Ausbilder und Sanitäter in Mali sicher?



Oberst Ulrich Kirsch (61) ist Vorsitzender des Bundeswehrverbandes.

KIRSCH: Die Europäische Union wird dafür ein Konzept vorlegen müssen. Wie das aussieht, hängt stark davon ab, wo genau der Einsatz tatsächlich stattfindet. Ich gehe aber davon aus, dass die Sicherheit der Ausbilder und Sanitäter nicht akut in Gefahr sein wird. (ema)

HINTERGRUND

Die Ausgangslage: Mali vor der Krise

Vor Beginn der Konflikte 2012 galt Mali laut der Friedrich-Ebert-Stiftung als gutes Beispiel für politische Entwicklung. Seit 1990 hatte es mehrere Regierungswechsel durch eine demokratische Wahl gegeben. Die Wirtschaft hingegen hinkte hinterher. Auf dem Index der menschlichen Entwicklung (HDI), der den Wohlstand von Ländern wiedergibt, belegte Mali 2011 den 175. Platz von 187 erfassten Ländern. Zum Vergleich: Afghanistan war auf Platz 172. (ema)